

Offener Brief an alle Parteichefs: Umsetzung des Klimavolksbegehrens!

Gemeinsamer Appell von GLOBAL 2000, WWF, BirdLife, Naturschutzbund, VCÖ, Alpenverein & Naturfreunde: Mutige Klimaschutz-Beschlüsse fassen, Lebensgrundlagen schützen



© Robert Hofrichter

380.590 Menschen haben das Klimavolksbegehren unterzeichnet und fordern somit eine wirksame Klimaschutzpolitik in Österreich. „Umso wichtiger ist jetzt eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Parteien, um dieses direktdemokratische Anliegen in politische Beschlüsse umzusetzen“, appellieren sieben anerkannte Umwelt- und Naturschutzorganisationen in einem aktuellen offenen Brief an die Parteivorsitzenden aller im Nationalrat vertretenen Parteien. „Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass wir nach der Corona-Krise in die nächste, noch viel fundamentalere Krise schlittern! Daher sind jetzt die entscheidenden Tage, in denen sich die im Parlament vertretenen Parteien klar auf die Seite des Klimaschutzes stellen müssen“, schreiben GLOBAL 2000, der WWF Österreich, der Naturschutzbund, BirdLife, der Alpenverein, die Naturfreunde und der VCÖ.

„Angesichts der internationalen und europäischen Verpflichtungen Österreichs erwarten wir uns, dass sich

die Parteivorsitzenden bei den laufenden Verhandlungen für konkrete Klimaschutz-Beschlüsse einsetzen. Eine öko-soziale Steuerreform, ein Ende von umweltschädlichen Subventionen und die gesetzliche Verankerung der Klimaneutralität bis 2040 sollten rasch außer Streit gestellt werden. Im Sinne einer naturverträglichen Energiewende ist es zudem erforderlich, den Energieverbrauch deutlich zu senken. Ganzheitlich gedachter Klimaschutz unterstützt nicht nur den langfristigen Schutz unserer Lebensgrundlagen, sondern schafft auch neue Chancen für Arbeitsplätze und Unternehmen, gerade jetzt während der Corona-Krise ist das von höchster Priorität“, betonen die unterzeichnenden Organisationen. Zugleich müsse bei allen Maßnahmen konsequent auf die soziale Gerechtigkeit und die Naturverträglichkeit geachtet werden.

[Hier geht's zum offenen Brief](#)

18.02.2021